

Geflügelpest: Habeck will Freilandhalter entschädigen

Margret Kiosz

KIEL Wie kommt der Vogelgrippe-Virus in Schleswig-Holsteins Pustenmastanlagen und wie wird er am besten in Schach gehalten? Der Streit über diese Frage nimmt inzwischen groteske Züge an. „Ich erhalte Briefe und Hass-

E-Mails, in denen die Keulung infizierter Bestände mit dem Holocaust verglichen wird“, erklärte gestern ein emotional sichtlich aufgewühlter Umweltminister Robert Habeck (Grüne) in Kiel. Außerdem leide inzwischen auch seine Familie unter den Protesten. „Uns wurden Tierkadaver nach Hause geschickt.“

Habeck betonte erneut, es werde in alle Richtungen ermittelt, wie das gefährliche Virus sich im Bundesland verbreitet habe. „Alternative Fakten helfen uns dabei aber nicht weiter“, sagte er in Richtung einzelner Naturschutzverbände, die eine Verbindung zwischen intensiver Tierhaltung und Krankheitsübertragung auch im Fall der Vogelgrippe vermuten.

Anders die Niedersachsen, die keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Infektion von Wildvögeln und Hausgeflügel sehen und die Entscheidung über die Stallpflicht den Kreisen überlassen, will Habeck die Fäden in der Hand behalten. Solange er die Infektion über Wildvögel nicht ausschließen könne, müsse das Federvieh im Stall bleiben. Habeck wehrte sich erneut gegen Kritik, er schütze Industrie-Interessen. Die Stallpflicht sei keine Dauerlösung, aber nötig: „Denn der aggressive Virus ist derzeit

unstrittig in der Natur.“

Zuletzt war ein Hof im Kreis Steinburg von der Vogelgrippe betroffen. Obwohl Anfang der Woche 18 400 Tiere getötet worden sind, breitete sich die Geflügelpest auf eine weitere Mastan-

lage des gleichen Betreibers aus. Im Kreis wurde Katastrophalarm ausgelöst. „Natürlich ist es unwahrscheinlich, dass eine Möwe ausgerechnet in drei Ställe des gleichen Besitzers kackt und dort die Puten infiziert“, erklärte Habeck. Vielmehr sei davon auszugehen, dass es sich hier um eine Binnenübertragung – durch Fahrzeuge, Futter oder Streu – handle. „Entscheidend ist aber der sogenannte Primäreintrag“, und der könne sehr wohl über infizierte Wildvögel erfolgt sein. Erst kürzlich wurde bei einer Nonnengans in der Region das Virus nachgewiesen.

Die Verlängerung der Stallpflicht hat für Geflügelbetriebe mit Bodenhaltung ab Februar erhebliche finanzielle Folgen. Sie

dürfen ihre Eier nämlich nur als Freilandeier vermarkten – und bis zu drei Cent pro Ei mehr kassieren –, wenn das Federvieh höchstens zwölf Wochen pro Jahr im Stall eingesperrt ist. Diese Zwölf-Wochen-Frist läuft jetzt ab. Deshalb bietet das Land den betroffenen Betrieben eine Entschädigung von bis zu 15 000 Euro an. „Es ist eine Ausnahmesituation, in der wir die Landwirte nicht allein lassen wollen“, sagte Habeck. Die Regelung gilt für 57 Bodenhaltungsbetriebe, von denen sechs mehr als 10 000 Tiere haben.

Schon vor Weihnachten hatte Habeck den Bundeslandwirtschaftsminister auf diese absehbare Problematik hingewiesen und um Unterstützung gebeten. „Denn es ist ja nicht die Schuld der Freilandhalter, dass es derzeit

ein Aufstellungsgebot gibt“, sagte er und bedauerte, dass eine großzügigere Auslegung der maßgeblichen EU-Verordnung dem Brüsseler Ministerrat nicht möglich erschien. „Ich finde das politisch falsch“, sagte Habeck. „Verbraucher hätten bei entsprechender Aufklärung sicher Verständnis für eine Ausnahmeregelung“, ist der Minister überzeugt. Zudem würden die Halter im Norden jetzt dafür bestraft, dass die Behörden in Schleswig-Holstein „genauer hingeschaut haben als andere – und deshalb das Virus bei uns frühzeitig bei Wildtieren nachgewiesen werden konnte“.

Unterdessen sollte gestern Abend die Tötung aller rund 33 000 Tiere des landesweit größten Putenmastbetriebes im Kreis

Steinburg abgeschlossen werden. Dort war der sehr aggressive Erreger des Subtyps H5N5 Anfang der Woche von Experten des Friedrich-Loeffler-Instituts (FLI) nachgewiesen worden. Zudem werden Geflügelpest-Erreger weiterhin bei toten Wildvögeln gefunden. Nach Einschätzung des Friedrich-Loeffler-Instituts breitet sich die hochansteckende Vogelgrippe weiter mit großer Dynamik aus. Inzwischen seien 23 europäische Staaten betroffen, Anzeichen für ein Abklingen seien nicht erkennbar.

„Alternative
Fakten
helfen uns
nicht weiter.“

Robert Habeck
Umweltminister